

Marr versucht noch einmal.

21. Januar 1927

Nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie grundsätzlich gegen ein Kabinett der Mitte nichts einzuwenden habe, ihre letzte Entscheidung aber vorbehalten müsse, bis über Zusammensetzung und Programm eines solchen Kabinetts Klarheit bestehe, war es klar, daß die Sondierungen des Reichkanzlers Dr. Marx den Boden für die Bildung eines Kabinetts der Mitte vorzubereiten, zum Scheitern verurteilt sind. In der entscheidenden Aussprache zwischen Herrn Marx und dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, am Donnerstag mittag wies der volksparteiliche Vertreter darauf hin, daß die ausweichende Haltung der Sozialdemokraten keine Fraktion zu der Überzeugung gebracht habe, daß eine Zusammenarbeit nur nach rechts, also mit den Deutschnationalen die einzig gegebene Möglichkeit sei, um zu stabilen Regierungsverhältnissen zu gelangen. Dr. Scholz erklärte dann weiter im Auftrag seiner Fraktion, daß die Sozialdemokraten, ohne Forderungen zu verlangen, eine künftige Regierung der Mitte zu jeder Zeit stützen könnten und ein derartiges Kabinett also lediglich von der Sozialdemokratie abhängig sei.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat den geschäftsführenden Reichkanzler Dr. Marx erneut beauftragt, die Bemühungen um die Bildung einer Regierung fortzusetzen.

Der Auftrag wurde Dr. Marx in einem Schreiben übermittelt, das folgenden Wortlaut hat: Sehr geehrter Herr Reichkanzler! Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und feste Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Ansehens an die Linke ist, zurzeit wenigstens, nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert.

Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichkanzler, das Ersuchen,

Die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien

des Reichstags mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen. Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstags, persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen

Die Lage in China.

21. Januar 1927

Unruhen in Amon.

Nach den letzten Nachrichten aus China ist es nunmehr auch in dem unter Verwaltung Kantons stehenden Vertriebsdistrikt Amon zu Unruhen gekommen. Die Chinesen beanpruchen das Recht der Kontrolle im Europäer-Viertel. Das Konsularkorps hat Kanonenboote zum Schutze der Europäer angefordert. Ein japanischer Kreuzer ist bereits nach Amon ausgelaufen.

Nach Meldungen aus Hantau wird von jedem Arbeiter in der Provinz Hapeh eine Kopfsteuer erhoben. Die Regierung hofft auf diese Weise 36 Millionen Dollar einzunehmen. Diejenigen Arbeiter, die die Steuer nicht zahlen, sind zum Eintritt in die Armee verpflichtet.

Portugiesische und weitere englische Kriegsschiffe.

Nach der Entsendung des ersten englischen Kreuzergeschwaders werden am 30. Januar wiederum zwei Kanonenboote und zwei Zerstörer nach China abgehen. Nach einer Meldung aus Lissabon hat sich die portugiesische Regierung bereit erklärt, ebenfalls zum Schutze der portugiesischen Interessen drei Kriegsschiffe nach China zu entsenden.

Armbinden für die Deutschen in Schanghai.

Nach Meldungen aus Peking tragen die Deutschen in Schanghai zum Schutze gegen Belästigungen Armbinden, die sie als Deutsche kennzeichnen. In Tschongtschi freilich, in der europäischen Konzession das gelante chinesische Dienstpersonal.

9000 Mann Besatzung in Koblenz.

21. Januar 1927

Aus einem Verwaltungsbericht der Stadt geht hervor, daß gegenwärtig die Zahl der Besatzungstruppen in der Stadt 9000 Mann beträgt. Dazu kommt noch die Interalliierte Militärkontrollkommission. Rund 400 Privatquartiere sind in der Stadt beschlagnahmt. Von den öffentlichen Gebäuden sind das Oberpräsidium, der größte Teil des Regierungsgebäudes, die Diensträume der Strombauverwaltung, das Provinzialschulkollegium, das Konsistorium und ein Teil des städtischen Rathauses in Händen der Besatzung.

Das Nachener Rathaus von der Besatzung geräumt.

Die belgische Kommandantur und die belgische Wache haben gestern das Rathaus geräumt.

Schutz vor Besatzungsübergriffen.

Mainz, 21. Januar. Um die Bevölkerung vor Übergriffen einzelner Besatzungsangehöriger zu schützen, hat die französische Militärbehörde beschlossen, in den abgelegenen Stadtteilen nach Eintritt der Dunkelheit besonderen Patrouillendienst durch Militär und Gendarmen einzurichten.

und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie die anderen Staatsnotwendigkeiten die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in all seinen Schichten zu dienen und die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Veröffentlichung meiner besonderen Wertung bin ich Ihr ergebener u. Hindenburg.

Das Zentrum zur Lage.

Ueber die gestrigen Besprechungen der Zentrumsfraktion des Reichstages wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Donnerstag Berichte über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erblickt in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwickelung der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht mehr verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inanerkennung dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.

Frankreich und die deutsche Regierungsbildung.

Die heutigen Morgenblätter veröffentlichen ausführliche Berichte ihrer Berliner Korrespondenten über die Aussichten einer Rechtsregierung. Auffallend ist dabei die Ruhe, mit der einer solchen Regierung entgegen gesehen wird. Die „Ere Nouvelle“ erklärt unter anderem, daß in Zukunft das Reich ein Problem gewiss nicht mehr vor die Diplomaten, sondern vor die Wähler kommen werde. Man werde es nicht lösen, wenn man sich weigere, darüber zu sprechen. Frankreich brauche ein Sicherheitspakt und Deutschland ein Pfand der Wiederherstellung. Es sei unbedingt notwendig, daß Frankreich, wenn es Garantien für seine Sicherheit verlange, alle Anstrengungen machen müsse, um eine Wiederherstellung herbeizuführen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. Januar 1926.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Rosenberg (Komm.), einen Amnestieantrag seiner Partei sofort zu behandeln. Abg. Kling (Bavarnb.) fordert die sofortige Behandlung des Antrages auf Beseitigung der letzten Biersteuererhöhung. Beiden Anträgen wird widersprochen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Gerichtslosten und die Gebühren für Rechtsanwältinnen. Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Dieser verlangt in einer Entschließung u. a. die Aufhebung der Vorkörperung der Gerichtslosten vom 1. Januar 1929 ab. Inzwischen sollen Milderungen Platz greifen. Weiter befürwortet er eine angemessene Vermehrung der Zahl der beim Reichsgericht zugelassenen Rechtsanwältinnen. Die Vorlage bringt im wesentlichen eine Ermäßigung der Gerichtslosten für Streitwerte über 10000 Mark im Zivilprozeß. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hält die Gerichtslostenvorläufe für völlig unbedeutend. Sie sollten schon vom 1. April 1928 ab abgeschafft werden. Staatssekretär Joel gibt zu, daß hier ein unerwünschter Zustand herrsche, wenn Rechtsanwältinnen erst einen Vorschuß zahlen müssen, ehe in die Erörterung ihrer Angelegenheit eingetreten werde, aber die Aufhebung der Vorschüsse würde den Justizfinanzen der Länder das Rückgrat brechen. Preußen allein würde einen Ausfall von 15 Millionen haben. Abg. Dr. Fried (Voll.) erklärt, solche Vorschüsse seien eines Rechtsstaates unwürdig. Ein Antrag Dr. Rademachers (Dnat.), der eine Gebührenermäßigung für gewisse Strafverfahren verlangt, wird mit 180 gegen 139 Stimmen abgelehnt. Auch die anderen Anträge werden abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird dann in zweiter und dritter Lesung mit den Entschlüssen angenommen. Das Haus vertagt sich dann auf Freitag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Belämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 20. Januar 1927.

Die auf der Tagesordnung stehende allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung fand anscheinend kein großes öffentliches Interesse, denn die Tribünen zeigten große Lücken, auch das Haus war anfangs nicht voll besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß der dem Landtag vorliegende Antrag auf Verminderung der Zahl der Ministerien wieder zurückgezogen worden sei. Es wurden sodann die Mitglieder zahlreicher Ausschüsse verlassen. Bei dieser Gelegenheit bemerkt Präsident Schwarz, gegen die Tribüne gependet: Das Beschauen mit Operngütern ist in diesem Hause nicht zulässig! Abg. Kaitner ruft: Lohnt sich auch nicht! (Allgemeine Heiterkeit.)

Erster Redner ist Abg. Ewert (Komm.). Er begründet die mit der Aussprache über die Regierungserklärung verbundenen

kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtags und betr. Mißtrauen gegen die Heide-Regierung. Er verlangt Beseitigung der Regierung und Auflösung des Landtags, denn diese Regierung werde nur die Reaktion unterstützen. Außerhalb des Parlaments müßten die Arbeitermassen gegen diese Regierung mobilisiert werden.

Abg. Böchel (Linsoz.) Der Vorredner habe weniger gegen die Rechtsregierung als gegen die Sozialdemokraten gesprochen. Die Regierungserklärung befriedige nicht, denn sie besage überhaupt nichts. Das Volk solle getäuscht werden über die Absichten, die diesem Bürgerblock zugrunde liegen. Redner fordert Verlegung des Dokuments, nach dem am 1. Juli eine Umbildung der Regierung stattfinden solle. Das schlimmste sei, daß der Ministerpräsident von einer solchen Abmachung angeblich nichts wisse. Seine Partei werde den Sturz dieser Regierung mit allen Mitteln zu erreichen versuchen, bis dahin aber in schärfster Opposition ihr gegenüber stehen.

Abg. Böllig (D. Sp.) gibt namens der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei und der Allsozialisten folgende gemeinschaftliche Erklärung ab: Die Regierungsparteien erblicken in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Heide eine geeignete Grundlage für ein erprobliches Wirken im Landtage. Unbeschadet dessen, daß die einzelnen Parteien der Koalition ihre besonderen Wünsche in bezug auf Wirtschafts-, Kultur-, Sozial- und Rechtsfragen bei Beratung des Haushaltsplanes vortragen werden. Sie stellen sich heute hinter die abgegebene Regierungserklärung. Aus diesem Grunde lehnen sie sowohl den Mißtrauensantrag als auch den Antrag auf Auflösung des Landtages ab.

Abg. Bethke (Linsoz.) entgegen dem linsozialistischen Redner, er habe durch seine Worte nur versucht, eine Niederlage zu demüteln. Die SPD, als die stärkste Partei im Landtage habe Gelegenheit gehabt, eine starke politische Macht an sich zu reißen, habe aber kein Gesicht gehabt und stehe nun mit leeren Händen da (Abg. Liebmann (Linsoz.) ruft: Wir werden euch schon zeigen! Besser mit leeren Händen als mit euren hohlen Köpfen!) Seine Freunde könnten sich nicht für eine Koalition erklären, die sich auf die Kommunisten stützen müßte, denn diese dürften ja überhaupt keine eigene Meinung haben.

Abg. Mac (Aufw.-B.) verliest eine längere Erklärung über die Ziele und Wünsche seiner Partei und bemerkt zum Schluß: Im großen und ganzen sind wir mit den Richtlinien der Regierungserklärung einverstanden, nur zur Behandlung der Aufwertungsfrage müssen wir einige kritische Bemerkungen machen.

Abg. v. Müke (Nat.-Soz.) führt aus: Die Regierungserklärung enthalte nur Phrasen und Sprüche, das Volk aber verlange Taten und diese würden wahrscheinlich ausbleiben. Man dürfe sich nicht auf die gegenwärtige Lage einstellen, sondern sie zu ändern suchen. Seine Partei werde der Regierung weder das Vertrauen noch das Mißtrauen aussprechen, sondern weiße Zettel abgeben; sie wolle erst sehen, was diese Regierung leiste.

Vor leerem Saale beschäftigt sich hierauf Abg. Böttcher (Komm.) mit den Nationalsozialisten, die lebhaft gegen seine Ausführungen opponieren. Der übrige Inhalt seiner einstündigen Rede ist der allbekannte.

Gegen einen danach eingegangenen Antrag auf Schluß der Debatte protestiert Abg. Liebmann. Der Antrag wird abgelehnt. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beschäftigt sich Abg. Edel (Linsoz.) in der Hauptsache mit den Allsozialisten und den Kommunisten und tritt für die Auflösung des Landtages ein. Er meint, daß Neuwahlen eine andere Zusammensetzung der Regierung ergeben würden. Redner bespricht dann einzeln richterliche Urteile der letzten Zeit und bezeichnet sie als Schandurteile.

Justizminister Dr. Büniger weist diese Beleidigung der höchsten Richter auf das schärfste zurück. In der kommunistischen Presse würden haarsträubende Geschichten aus der Strafanstalt Waldheim mitgeteilt. Er könne heute schon versichern, daß diese Vorfälle sich nicht jetzt, sondern im Jahre 1918 ereignet hätten. Mit solcher Verlogenheit werde die Bevölkerung in verbrochener Weise aufgehetzt. Unser sächsisches Richtertum sei völlig intakt; seine Urteile seien gerecht und unparteiisch.

In seinem Schlusswort behauptet Abg. Ewert (Komm.), es werde bei den Urteilen mit zweierlei Maß gemessen. Daß Büniger die Urteile verteidige, sei selbstverständlich, denn er gehöre zu den reaktionärsten Gestalten in der deutschen Justiz. Redner wendet sich dann besonders gegen die Ausführungen der linsozialistischen Redner, die nichts als Cierträge aufgeführt hätten. Wenn die Sozialdemokraten heute den kommunistischen Anträgen zustimmten, so geschehe das nur auf Drängen der Arbeiterkraft.

Abg. Dr. Kaitner (Dem.) stellt gegenüber einer Behauptung des Abg. Edel fest, daß er sich nie um ein Mandat in der Deutschnationalen Volkspartei bemüht habe.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Landtag lehnte schließlich den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Heide-Regierung mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokraten, der Aufwertungs- und der Allsozialisten ab. Die beiden Nationalsozialisten schickten bei der Abstimmung unter dem Gelächter des ganzen Hauses Ablehnung aus dem Saal. Des weiteren wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages gegen die Stimmen der Kommunisten und Linsozialisten abgelehnt. Auch die beiden Nationalsozialisten stimmten gegen die Auflösung.

Schluß 7 Uhr. — Nächste Sitzung Dienstag, den 25. Januar, nachmittags 1 Uhr.